

auf Drucksache 16/2295 wiederum die Ablehnung des Gesetzentwurfs. Wer dagegen dem Gesetzentwurf zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Gegenprobe? - Vielen Dank. Bitte die Enthaltungen. - Vielen Dank. Der Gesetzentwurf wurde bei Zustimmung der Fraktionen der Freien Wähler und der GRÜNEN, bei Enthaltung der SPD-Fraktion und bei Ablehnung der Fraktionen der CSU und der FDP abgelehnt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 4 auf:

Wahl der oder des Vorsitzenden des Beirats beim Unternehmen "Bayerische Staatsforsten"

Dieser Punkt soll von der heutigen Tagesordnung abgesetzt werden.

(Horst Arnold (SPD): Warum?)

Besteht damit Einverständnis? - Das ist der Fall. Es ergeben sich zwar Fragen, aber kein Widerspruch. Damit wird dieser Punkt von der heutigen Tagesordnung abgesetzt.

Außerhalb der Tagesordnung rufe ich im Einvernehmen mit allen Fraktionen die mit Schreiben vom 29. Juni 2009 beantragte Aufhebung der Immunität eines Mitglieds des Bayerischen Landtags - Geschäftszeichen P II 1/M-1320-22 - auf.

Eine Aussprache findet hierzu nicht statt. Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz auf Drucksache 16/2296 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Vielen Dank. Gegenprobe? - Enthaltungen? - Dann ist dies einstimmig so beschlossen. Damit ist der Beschlussempfehlung des Ausschusses zugestimmt worden.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 5 auf:

Abstimmung über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. a. Anlage 1)

Ausgenommen von der Abstimmung sind die Listennummern 2, 4 und 10, die auf Antrag der Fraktionen der SPD und der FDP einzeln beraten werden. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen zu den übrigen Anträgen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten sei-

ner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Vielen herzlichen Dank. Gegenprobe? - Enthaltungen? - Auch dies ist einstimmig so beschlossen. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 6 auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Atomkraftwerk Isar 1 ist überflüssig (Drs. 16/1414)

Ich eröffne die Aussprache. Die Redezeit beträgt fünf Minuten pro Fraktion. Der erste Redner ist Herr Kollege Hartmann für die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Seit der Bundestagswahl ist klar, dass die Debatte über die Zukunft der Kernenergie wieder auf die Agenda kommen wird. Dabei wird sicher wieder über verschiedene Sicherheitsfragen, Alterungserscheinungen usw. diskutiert werden. Wir möchten mit unserem heutigen Dringlichkeitsantrag diese Debatte ausdrücklich nicht führen, sondern wir wollen die Debatte aus energie- und wirtschaftspolitischer Sicht führen. Uns geht es konkret um das AKW Isar 1 bei Landshut. Bei genauer Betrachtung der energiepolitischen Situation sowohl in Deutschland als auch in Bayern kann man feststellen: Auf diesen Reaktor kann bereits heute locker verzichtet werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dies ist nicht erst seit der Wirtschaftskrise so, die zu einem verminderten Stromverbrauch um 6 % geführt hat. Auch die Zahlen aus dem Jahr 2007 und 2008 belegen, dass dieses Atomkraftwerk überflüssig ist. Ich möchte dies anhand einiger Zahlen aus dem bayerischen Wirtschaftsministerium verdeutlichen. Im Jahre 2007 ist der Anteil der erneuerbaren Energien in Bayern um sage und schreibe 12,8 % gestiegen. Das entspricht etwa 2 Terawattstunden. Parallel dazu ist der Stromexport aus Bayern auf einen neuen Höchststand von 4 Terawattstunden gestiegen. Das ist der höchste Stand seit über 20 Jahren.

Diese Entwicklung hat sich im Jahr 2008 fortgesetzt und wird auch für das Jahr 2009 erwartet. Zur Entwicklung der Stromexporte ins Ausland ist derzeit noch keine genaue Prognose möglich. So hängt es zum Beispiel von den Leitungen ab, welche Mengen an Strom überhaupt ins Ausland abgegeben werden können. Außerdem ist zu bedenken, dass sich die Wirtschaftskrise auch in den Nachbarländern ausgewirkt hat.

Eines können wir jedoch heute schon feststellen: Am heutigen Tage liegt ein Drittel der Leistung der deutschen AKW still. Das heißt, 6 von 17 AKW sind heute abgeschaltet. Das wiederum bedeutet: Von 20.500 Megawatt Atomstromleistung sind zurzeit nur 14.000 Megawatt verfügbar. Ein Drittel der Leistung der AKW ist heute nicht am Netz und wird nicht gebraucht. Das hat keine Auswirkungen auf den Strompreis. Die Stromimporte aus dem Ausland nehmen auch nicht zu.

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, Sie haben heute gemerkt, dass die Stromsicherheit zu keinem Zeitpunkt infrage stand, obwohl sechs AKW zeitgleich nicht am Netz waren. Wir sind inzwischen an einem Punkt angekommen, über den wir uns klar werden müssen. Wir haben oft genug in diesem Hause über das Thema der erneuerbaren Energien diskutiert. Wir stehen an einem Punkt, an dem wir uns entscheiden müssen. Bis jetzt haben die neueren Energien in der Regel Spitzen- und Mittellastkraftwerke ersetzt. Inzwischen sind die erneuerbaren Energien so erfolgreich, dass sie zunehmend zur Konkurrenz für die Grundlastkraftwerke werden. Diese Kraftwerke sind so schwerfällig zu regeln, dass sie nicht flexibel angepasst werden können.

Dies führt zu sehr erstaunlichen Effekten. Immer wieder kommt es vor, dass große Teile des Windkraftstroms nicht ins Netz eingespeist werden können, weil die Netze im wahrsten Sinne des Wortes von Atom- und Kohlestrom verstopft sind. Die Energiewirtschaft zahlt aber trotzdem für den Windkraftstrom, auch wenn sie ihn nicht abnimmt. Sie kann diesen Strom nicht ins Netz einspeisen, weil es für die Versorger, wirtschaftlich gerechnet, günstiger ist, Braunkohleleimer und AKW weiterlaufen zu lassen, statt sie vorübergehend herunterzufahren.

Die Angelegenheit wird kurios, wenn man sich einmal die Strompreise an der Leipziger Strombörse ansieht. Herr Kollege Erwin Huber ist momentan leider nicht im Haus. Wir haben vor der Sommerpause länger über das Thema der negativen Strompreise debattiert. Damals wurde gesagt, dass es immer nur Minuten seien, wo dies passiere. Ich habe mir einmal die Zahlen vom Sonntag, 4. Oktober 2009, geben lassen. Erstaunlicherweise war der Durchschnittspreis für den gesamten Tag am Strommarkt in Leipzig negativ. Er lag bei 11,59 Euro pro Megawattstunde. Das entspricht 1,15 Cent für die Kilowattstunde. Bei 8 Stunden am Stück bedeutet das, der Strompreis lag bei Null oder sogar im negativen Bereich. Es geht nicht nur um kurze Zeiten. Das war an einem Sonntag, an dem man planen konnte, dass die Industrie diesen Strom gerade nicht benötigt.

Zum Schluss möchte ich noch Folgendes sagen: Wenn der negative Strompreis kommt und die großen Stromversorger die Atomkraftwerke und die Kohlekraftwerke weiterlaufen lassen - diese Versorger haben auch Kohlekraftwerke -, dann ist das energiepolitisch gesehen eine Katastrophe. Wir haben Strom aus erneuerbaren Energien, doch die Versorger nehmen ihre Kraftwerke nicht vom Netz. Für uns ist es deshalb ganz klar: Wir müssen uns für erneuerbare Energien entscheiden, und das heißt, wir müssen bestehende Grundlastkraftwerke, also Kohle- und Atomkraftwerke, vom Netz nehmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das Kraftwerk Isar 1 ist eines der kleinsten Atomkraftwerke und das älteste bayerische Atomkraftwerk. Nach dem Atomkonsens steht es sowieso im Jahr 2011 zum Abschalten bereit. Wir fordern: Auf Isar 1 ist ab jetzt zu verzichten, das Kraftwerk muss vom Netz genommen werden!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Für die CSU-Fraktion darf ich nun Herrn Kollegen Tobias Reiß das Wort erteilen.

Tobias Reiß (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Hartmann, Sie behaupten in Ihrem Antrag, dass das Atomkraftwerk Isar 1 in Bayern zur Stromversorgung nicht mehr benötigt werde, weil sich die Strommenge aus erneuerbaren Energien, vor allem in den letzten Jahren, fast verdoppelt habe.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Recht hat er!)

Sie sagen, dass die Menge der erneuerbaren Energien in den letzten Jahren stark gestiegen sei. Dadurch ergebe sich selbst in der Grundlast, wie Sie sagen, eine massive Überkapazität und das würde immer öfter dazu führen, dass es bei der Strombörse in Leipzig zu einem negativen Strompreis kommt. Wenn Sie Ihren Antrag so begründen, sollten Sie aber so ehrlich sein und tatsächlich hinterfragen, warum der Strompreis an den Strombörsen Achterbahn fährt. Wir wissen: Der Anteil der Biomasse bei den erneuerbaren Energien macht nur einige Prozent aus. Aber nur dieser Teil ist grundlastfähig. Der Strom aus erneuerbaren Energien liegt heute bei rund 15 % des Gesamtbedarfs. Davon ist aber nur die Biomasse grundlastfähig. Wasserkraft, Wind und Sonne stellen ihre Energie wetterabhängig und damit stark schwankend zur Verfügung. An etwa 100 windstillen Tagen produzieren beispielsweise die Windräder in Deutschland nahezu null. Die 25.000 Megawatt installierter Windenergieleistung in Deutschland werden nur an etwa 20 Tagen im Jahr erreicht. In der restlichen Zeit verteilt sich die erzeugte Menge zwi-

schen diesen Extremen. Die extremen Schwankungen wiederum führen zu den extremen Preisschwankungen an den Strompreisbörsen. Das ist nicht nur am 4. Mai der Fall gewesen, auf den Sie sich im Antrag beziehen, sondern das war beispielsweise auch in der Nacht vom 3. auf den 4. Oktober der Fall - das haben Sie erwähnt, Herr Kollege Hartmann -, als die Nachfrage nach Strom relativ gering war, während eine starke Windfront in ganz Deutschland die Turbinen in voller Last bewegte. Das Herunterfahren der Kern- und Gaskraftwerke hat nicht ausgereicht, deshalb musste der Stromüberschuss quasi verschenkt werden oder an Nachbarn, insbesondere an Holland und Polen, zu 50 Cent pro Kilowattstunde abgegeben werden. Strom, für den von den deutschen Stromkunden 8 bis 9 Cent bei Wind und 43 Cent bei Sonne bezahlt werden.

(Beifall eines Abgeordneten der CSU)

Strom, der in einer anschließenden Flaute nicht zur Verfügung steht, muss dann von grundlastfähigen Kraftwerken sichergestellt werden. Ich halte es deshalb für verfehlt, ständig einen Gegensatz zwischen der regenerativen Energie und der Kernenergie zu konstruieren. Durch die hohe Einsatzflexibilität und die CO₂-freie Stromerzeugung stellen Kernkraftwerke so lange einen idealen Partner der regenerativen Energien dar, bis eine effiziente Stromspeicherung zur Verfügung steht. Isar 1 deckt in etwa den jährlichen Strombedarf der Landeshauptstadt München. Bei einer Abschaltung müsste diese Strommenge von Mittel- beziehungsweise Spitzenkraftwerken erzeugt oder mit Stromlieferungen aus anderen Bundesländern oder gar aus dem Ausland kompensiert werden. Mit Blick auf die Versorgungssicherheit und auf die Wettbewerbsfähigkeit der Energiepreise halten wir es für unabdingbar, dass Bayern seinen Strombedarf aus eigenen Quellen deckt. Wir lehnen den Antrag daher ab.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Herr Kollege Reiß, bitte bleiben Sie noch kurz am Rednerpult. Für eine Zwischenbemerkung hat sich Herr Kollege Hartmann gemeldet. Bitte schön.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Kollege, ich habe eine kurze Frage an Sie. Sie haben richtig geschildert: Die Grundlastkraftwerke müssen heruntergefahren werden, weil der Strom aus erneuerbaren Energien vorrangig ins Stromnetz kommt. Würden Sie mir deshalb zustimmen, wenn ich feststelle, dass wir eigentlich flexiblere Kraftwerke brauchen, um die erneuerbaren Energien, wenn sie zur Verfügung stehen, verwenden zu können? Wir müssen schlagartig gegensteuern können. Stimmen Sie mir zu, dass ein

Braunkohlekraftwerk oder ein Atomkraftwerk, das 11 Stunden Regelzeit hat, hierfür nicht geeignet sind?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Bitte schön, Herr Kollege Reiß.

Tobias Reiß (CSU): Ich habe in der Vorbereitung auf diesen Antrag gelesen, dass auch die Atomkraftwerke durchaus regelbar sind und innerhalb von wenigen Minuten auf 45 % ihrer Leistung zurückgefahren werden können. Damit sind die Atomkraftwerke ebenso regelbar wie andere Kraftwerke auch.

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Ich rufe als nächsten Redner Herrn Kollegen Ludwig Wörner für die SPD-Fraktion auf. - Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Ludwig Wörner (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Es ist nicht wieder einmal, sondern es ist immer noch notwendig, die CSU und die FDP daran zu erinnern, welche Aufgaben sie eigentlich hätten, nämlich die, Unheil von diesem Land abzuwenden. Sie sollten deshalb Ihre unselige Atompolitik auf den Prüfstand stellen und Sorge dafür tragen - -

(Zuruf von der CSU: Aufhören! - Weitere Zurufe)

- Ich kann verstehen, dass Sie das sagen, denn es ist schmerzhaft für Sie, was ich hier darlege. Ich hoffe, draußen vertreten Sie diese Auffassung genauso, denn vor Ort sind Sie in dieser Frage etwas unehrlich.

Kolleginnen und Kollegen, wir fordern Sie dazu auf, unseren Antrag zu unterstützen, die Nutzung der Atomkraft auf die im Atomkonsens festgelegte Restlaufzeit zu beschränken. Versuchen Sie nicht immer wieder, dieses Thema neu aufzurollen.

(Thomas Kreuzer (CSU): Sie haben bei der Bundestagswahl keine Mehrheit bekommen, Herr Kollege!)

Sie wissen heute schon nicht, wohin der radioaktive Abfall soll, den wir über Jahrzehnte hinweg produziert haben. Wir alle wissen das nicht. Sie aber produzieren so weiter, als sei nichts gewesen und nichts geschehen. Sie versuchen, durch die Verlängerung der Laufzeiten der Kraftwerke den Menschen Sand in die Augen zu streuen, denn Sie sprechen von einer Brückentechnologie. Die Brücke hat am anderen Ende aber keinen Pfeiler, meine Damen und Herren. Sie bauen diese Brücke in den Sand! Hier stellt sich für mich die Frage: Kann man das verantworten? - Gleichzeitig sagen Sie, wir hätten die sichersten Kraftwerke der Welt. So stimmt das aber nicht, wie die Antworten auf die Schriftlichen Anfragen immer wieder belegen. Man bekommt nur

vage Aussagen und seltsame Hinweise. Führen Sie sich doch mal die Antwort auf die Schriftliche Anfrage zu Gemüte, in der es um die Vernebelungsaktion des früheren Ministers Werner Schnappauf geht. Sein Vorhaben wurde bis heute nicht durchgeführt. Wir halten das ohnedies für Unfug, aber den Menschen wird damit eine Scheinsicherheit vorgegaukelt, die es gar nicht gibt.

Wir fordern auch, dass das Erneuerbare-Energien-Gesetz - EEG - nicht angetastet wird. Gerade für Bayern hat sich dieses Gesetz als Instrument erwiesen, das Bayerns Bürger längst begriffen haben. Wenn Sie durch Bayern fahren, stellen Sie fest, selten gibt es anderswo so viele Photovoltaikanlagen wie bei uns. Die Landwirte nutzen diese Möglichkeit im extremen Maß, und die Landwirte haben recht, denn das ist für sie ein zweites Standbein. Sie verunsichern jetzt aber die ganze Gemeinschaft, die diesen Weg mitgehen will dadurch, dass Sie darüber diskutieren, wo man das Gesetz einschränken könnte. Das EEG hat den Abschmelzungsfaktor bei der Photovoltaik aber bereits. Sie wissen ganz genau, wenn Sie sich mit dem Thema beschäftigen, dass die Förderung der Photovoltaik Schritt für Schritt ausläuft. Das war so gedacht und auch gewollt, doch Sie drehen nun erneut an der Schraube. Mit welcher Berechtigung? - Sie sagen, Sie wollen das Geld, das Sie durch die Laufzeitverlängerung generieren, den Kernkraftwerksbetreibern wegnehmen. Wie das gehen soll, müssen Sie erst einmal zeigen, gerade im Hinblick auf das Eigentumsrecht. Das ist doch im Rahmen Ihrer Philosophie gar nicht möglich. Und wettbewerbsrechtlich ist es fraglich.

Ich kann Ihnen aber einen Weg zeigen, wie das viel einfacher geht. Herr Beckstein ist hier. Als er noch Ministerpräsident war habe ich ihn bei einer Energiedebatte schon einmal darauf angesprochen. Kolleginnen und Kollegen, wir schenken den Energieerzeugern jährlich Millionen von Euro dadurch, dass sie die Einzigen sind, die auf Zinsen keine Abschlagsteuer zahlen müssen. Wir alle zahlen 25 % auf jeden Euro, den wir von der Bank als Zins erhalten. Darauf haben wir uns gesellschaftspolitisch verständigt. Die Einzigen, die diese Steuer für ihre Rückstellungen zugunsten der Atomkraftwerke nicht zu zahlen brauchen, sind die Energieerzeuger. Die haben inzwischen 80 Milliarden Euro angesammelt. Wenn man das Geld mit 4 % Zinsen vernünftig anlegt, dann können Sie sich ausrechnen, wie viel Geld die ersparte Zinsabschlagsteuer von 25 % ausmacht. Dieses Geld könnten wir für regenerative Energien ausgeben, ohne dafür den Bürgern in die Tasche greifen zu müssen. Das Geld dafür wäre also da.

Nur hat man in der neuen Koalition offensichtlich nicht den Mut, an dieses Geld heranzugehen, um damit die regenerativen Energien zu finanzieren. Die Energieer-

zeuger sollten die 25 % genauso zahlen wie andere. Das wäre doch gut, um weiterzukommen.

Man macht sich immer Gedanken darüber, dass europaweit Kernkraftwerke gebaut werden. Meine Damen und Herren, lesen Sie doch gelegentlich einmal die Zeitung, und schauen Sie nach Finnland. Was passiert denn da gerade? Bei dem sogenannten Superkraftwerk passiert eine Katastrophe nach der anderen. Wenn es blöd läuft, geht Siemens daran pleite, möglicherweise ein Franzose gleich dazu.

Wer auf so etwas setzt, vergreift sich an Bayern und wird dem Auftrag nicht gerecht, zum Wohle der Bürger zu handeln.

Deswegen bitten wir Sie, unseren Antrag zu unterstützen und damit sicherzustellen, dass Bayerns Zukunft so schnell wie möglich atomfrei wird.

Selbst Ihr Kollege Göppel hat gestern laut Zeitung gesagt: Alles Käse, alles Unfug, was da betrieben wird! Sie sollten sich mit ihm vielleicht einmal unterhalten. Er hat ganz gute Argumente. Bei Ihnen gibt es ja einige Vernünftige. Vielleicht sollten wir uns zusammenschließen und sagen: Dieses Ding muss beendet werden. Es ist ja ein Konsens gefunden worden. Wir sollten nicht ständig davon reden, dass die Laufzeiten verlängert werden müssten.

Wir bitten um Zustimmung.

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Für die Fraktion der Freien Wähler darf ich Herrn Kollegen Dr. Fahn das Wort erteilen.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FW): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Freien Wähler haben ein energiepolitisches Gesamtkonzept. Es lautet:

Erstens. Wir wollen das geltende bzw. noch gültige Atomgesetz mit dem Abschaltungszeitpunkt 2022 möglichst beibehalten. Wir wollen keine Laufzeitverlängerung der bestehenden AKW.

Zweitens. Wir wollen die Nutzung der regenerativen Energien offensiver als bisher ausbauen.

In der Argumentation der Redner ging es bisher vor allem um wirtschaftliche Erwägungen. Aber bei Isar 1 muss es natürlich um Sicherheit und Sicherheitsmängel gehen. Die ältesten Kernkraftwerke wären nach heutigem Standard sicherlich nicht mehr genehmigungsfähig. Bei der zweiten Generation wäre dies nur mit dem hohen Aufwand einer sicherheitstechnischen Aufrüstung möglich. Man schätzt, dass sie etwa 1 Milliarde Euro kosten würde.

Die Brückentechnologie Atomkraft darf nicht künstlich ernährt werden. Aus ökologischer und sicherheitstechnischer Sicht wäre es denkbar, Isar 1 sofort abzuschalten. Dann wäre der Weg für regenerative Energien frei.

Allerdings - man muss es im Gesamtkontext sehen - gibt es viele andere, ältere AKW, die ebenfalls mit Sicherheitsrisiken behaftet sind. Auch über diese Sicherheitsrisiken müsste diskutiert werden. Dann ginge es nicht nur um Isar 1, sondern um das Gesamtpaket.

Es ist doch klar: Die älteren AKW haben Sicherheitsmängel. Dazu nenne ich einen Vergleich. Auch wenn man ein vor 30 Jahren gekauftes Auto optimal wartet, bleibt es immer unter dem Sicherheitsstandard eines Neuwagens.

Allerdings fehlt, wenn es um das Thema Sicherheitsmängel geht, die Aufforderung der bisherigen Bundesregierung, ein solches bayerisches Kernkraftwerk abzuschalten. Das kann auch so interpretiert werden, dass die frühere Bundesregierung, also die Große Koalition, an dem bisherigen Ausstiegskonzept festhalten wollte. Wären die Sicherheitsmängel inakzeptabel gewesen, so hätte der bisherige Umweltminister Gabriel längst eingegriffen. Denn Herr Gabriel war und ist für seine klaren Worte bekannt. Jedoch hat er nicht eingegriffen.

Das Folgende wurde noch nicht gesagt. Es ist vorgesehen, Isar 1 im Jahr 2011 abzuschalten. Das Atomgesetz ermöglichte in der bisherigen Form schon einen bestmöglichen beiderseitigen Kompromiss zwischen einem geregelten Ausstieg und garantierten Laufzeiten, gleichzeitig auch einen Start für eine beispiellose Entwicklung der regenerativen Energien; dies ist uns wichtig.

Beide Seiten waren zu diesem Zeitpunkt mit dem Kompromiss zufrieden. Uns ist natürlich auch bewusst, dass es inzwischen eine neue politische Situation gibt. Sie gibt der Hoffnung der Energieversorger Nahrung, dass noch einmal ein Profit winkt, ohne dass dafür Gegenleistungen in Form von Nachrüstungen zu erbringen wären.

Auch die neue Bundesregierung sollte zur Kenntnis nehmen, dass die überwiegende Mehrheit der Deutschen keine Verlängerung der Restlaufzeiten will. Im neuen Koalitionsvertrag sind die Formulierungen, wie man hört, relativ allgemein gehalten. Es steht noch nichts Konkretes darin. Der Vertrag soll ja am Sonntag verabschiedet werden.

Der Antrag der GRÜNEN zur Sofortabschaltung von Isar 1 kann nach Ansicht der Freien Wähler nur im Gesamtkontext aller AKW gesehen werden. Er baut als Einzelantrag unnötigen Druck auf. Nach Auffassung

der Freien Wähler ist aber der geregelte Ausstieg bis 2022 ein geeigneter Kompromiss, der auch in Zukunft gelten sollte. Diese Lösung liegt im Bereich des Möglichen. Die Freien Wähler legen Wert darauf, dass, obwohl der Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung darüber nur Allgemeines enthält, Isar 1 bis 2011 am Netz bleibt.

Die Freien Wähler werden daher nicht für den Antrag der GRÜNEN stimmen.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Bevor ich die nächste Wortmeldung aufrufe: Die CSU-Fraktion hat gerade in der Person des Kollegen Kreuzer namentliche Abstimmung beantragt. Ich bitte, das mitzuteilen.

(Unruhe bei den Oppositionsfraktionen - Zuruf: Warum, Herr Kreuzer? - Thomas Kreuzer (CSU): Es ist ein wichtiges Thema!)

- Ich kann hier jetzt so frei sein, zu sagen: Von hier oben sieht es so aus, als ob im Augenblick rechts die Minderheit sitzt, Herr Kreuzer.

(Heiterkeit)

Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Thalhammer.

Tobias Thalhammer (FDP): Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Lieber Herr Hartmann, der erste Fehler in dem vielfältigen Fehlerreigen Ihrer Rede war gleich zu Beginn, als Sie sagten, dass das Thema Kernenergie erst seit der Bundestagswahl wieder auf der Agenda stehe. Das ist nicht so. Gerade Sie und Ihre Partei haben erheblich dazu beigetragen, dass das Thema Kernenergie bereits im Wahlkampf ganz groß auf der Agenda stand. Es gab auch eine Abstimmung durch alle Bürgerinnen und Bürger in Deutschland, die sich, obwohl das ein mitentscheidendes Wahlkampfthema war, ganz klar nicht für Rot-Grün, sondern für Schwarz-Gelb entschieden haben.

Herr Hartmann, Sie haben gesagt, Sie wollen das Thema Isar 1 energiepolitisch betrachten. Beim letzten Mal haben Sie Isar 1 unter dem Gesichtspunkt der Sicherheit betrachtet. Ich bin gespannt, unter welchem Gesichtspunkt Sie die Frage beim nächsten Mal betrachten wollen.

Ihnen geht es ganz klar um eines - deshalb spreche ich das so deutlich an -: Sie wollen nicht nur Isar 1 vom Netz nehmen, sondern auch Isar 2, und Sie wollen alle Kernkraftwerke vom Netz nehmen. Sie wenden eine Salami-taktik an. Das durchschauen wir. Da ziehen wir nicht mit, lieber Kollege Hartmann.

Ich erkläre es Ihnen gern noch einmal. Die Kernenergie ist für uns eine Brückentechnologie, Herr Wörner. Wir sehen hier in keiner Weise ein Konkurrenzverhältnis zu den erneuerbaren Energien. Es ist klar unser Ziel: Wenn die Laufzeiten verlängert werden, werden die zusätzlichen Erträge in die Forschung und Entwicklung der erneuerbaren Energien gesteckt. Dadurch werden die erneuerbaren Energien gestärkt.

Herr Kollege Hartmann, Sie haben in Ihrer Rede selber gesagt, dass die erneuerbaren Energien für die Grundlastversorgung erst zunehmend konkurrenzfähig werden. Derzeit sind die erneuerbaren Energien nicht grundlastfähig. Es wäre eine verantwortungslose Politik, wenn wir dieses Land in eine Grundlaststromlücke führten.

(Zuruf von den GRÜNEN: Das ist eine Lüge!)

Da würden wir gewiss nicht mitmachen. - Das ist keine Lüge. Das ist leider Gottes Realität, wenn diese hier für manch einen auch schwer zu verstehen ist.

Wir haben ein ganz klares Ziel: eine sichere, bezahlbare und CO₂-freie Energieversorgung.

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Biedefeld?

Tobias Thalhammer (FDP): Um noch einmal auf die energiepolitische Debatte einzugehen - was ja auch heute auf der Tagesordnung steht: Isar 1 produziert ein Zehntel des bayerischen Nettostromverbrauchs, 8 Terawattstunden. Das entspricht ungefähr dem Bedarf von München.

Wenn ich an die Sicherheitsdebatte noch einmal etwas anfügen darf, weil sie Herr Kollege Wörner aufgegriffen hat, ist ganz klar zu sagen: Es gibt deutsche und EU-weite Sicherheitsstandards, die ganz scharf kontrolliert werden. Jedes Atomkraftwerk hat bis zu 1.000 Überprüfungen pro Jahr, und ich bin sehr sicher, dass das aus dem Hause unseres Umweltministeriums mit Herrn Söder an der Spitze wirklich intensiv verfolgt wird und dass unsere bayerischen Kernkraftwerke sicher sind. In dem Moment, in dem sie das nicht mehr sind, sollen sie vom Netz.

(Zurufe von den GRÜNEN: Ach!)

- Es ist einfach so!

Sicherheit hat oberste Priorität.

(Anhaltende Zurufe von den GRÜNEN)

Solange wir Isar 1 weiterhin benötigen und solange Isar 1 sicher ist, bleibt Isar 1 am Netz - nicht länger, aber auch nicht kürzer.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Vielen Dank, Herr Kollege. - Ich erteile jetzt der Frau Kollegin Biedefeld das Wort zu einer Zwischenbemerkung.

Susann Biedefeld (SPD): Herr Kollege Thalhammer, ich frage Sie: Können Sie uns wirklich fest zusichern, ist es nicht nur eine leere Phrase, ein leeres Versprechen, nämlich, dass die 7,5 Milliarden Euro, die die großen Energiekonzerne pro Jahr durch eine Verlängerung der Restlaufzeiten einsparen, und zusätzlich das Geld, das die Energiekonzerne durch Nicht-Investitionen von 20 bis 30 Milliarden Euro sparen, tatsächlich ausschließlich in die Bereiche Forschung und Entwicklung und Ausbau erneuerbarer Energien gesteckt werden? Können Sie dies hier wirklich versichern? Ansonsten, würde ich sagen, nehmen Sie Ihre Aussage zurück oder sagen Sie selbst: Dahinter muss ich noch ein dickes Fragezeichen setzen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

Tobias Thalhammer (FDP): Frau Kollegin, aufgrund der örtlichen wie auch der zeitlichen Komponente kann ich Ihnen das selbstverständlich - und das wissen Sie - nicht zusichern.

(Heftiger Widerspruch bei der SPD und den GRÜNEN)

Wir sind hier im Bayerischen Landtag; darüber wird nicht in München entschieden, darüber wird in Berlin entschieden; das zur örtlichen Komponente.

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Zur zeitlichen Komponente: Derzeit laufen die Koalitionsverhandlungen; der Koalitionsvertrag ist noch nicht geschrieben. Ich kenne ihn nicht. Ich vermute, Sie kennen ihn auch nicht.

(Weitere Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Deswegen kann man Ihnen auch hier und heute nichts zusichern.

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Ich erteile das Wort zu einer weiteren Zwischenbemerkung Herrn Kollegen Hartmann.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Kollege Thalhammer, habe ich Sie jetzt richtig verstanden:

Für Sie sind alle AKW, egal welcher Baureihe, egal, in welchem Jahr gebaut, gleich sicher. Habe ich Sie richtig verstanden? Sie machen keinen Unterschied, ob ein AKW schon 30 Jahre auf dem Buckel hat oder erst 22. In den Jahren seither ist doch die Entwicklung weitergegangen, ist man in der Forschung weitergekommen, hat man das optimiert. Für Sie ist ein AKW immer gleich sicher, das in Deutschland läuft. Habe ich Sie da richtig verstanden?

(Zurufe von den GRÜNEN)

Tobias Thalhammer (FDP): Herr Kollege Hartmann, ich habe mich, glaube ich, bei diesem Thema ziemlich klar ausgedrückt. Wir haben in Deutschland wie auch in Europa standardisierte Sicherheitsverfahren, die immer wieder, permanent überprüft werden. Immer wieder gehen Kernkraftwerke zwischenzeitlich vom Netz,

(Zuruf von den GRÜNEN: Woher wissen Sie das?)

damit sie generalüberholt werden können. Demzufolge ist das Entscheidende: Solange die deutschen wie die europäischen Sicherheitsstandards eingehalten werden, solange hier keine Gefahr besteht, sind natürlich unsere Kernkraftwerke sicher.

(Heftiger Widerspruch bei den GRÜNEN und der SPD)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Es gibt hier jetzt keine weiteren Wortmeldungen. Deswegen erteile ich jetzt Herrn Staatsminister Zeil das Wort. Bitte schön.

Staatsminister Martin Zeil (Wirtschaftsministerium): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich zunächst vorausschicken, dass sich die Staatsregierung, gerade was auch den Ausbau der erneuerbaren Energien angeht, ehrgeizige Ziele gesetzt hat, beispielsweise deren Anteil an der Stromversorgung von derzeit 22 % bis 2020 auf 30 % zu steigern. Auch die neue Koalition zwischen Union und FDP auf Bundesebene hat sich für den weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien ausgesprochen.

Die weitere Nutzung der Kernenergie auch von Isar 1 steht hierzu nicht im Widerspruch; vielmehr ist sie ein Gebot des Klimaschutzes, bis ausreichende Strommengen aus anderen, CO₂-armen Technologien zur Verfügung stehen.

Wir alle wissen, meine Damen und Herren: Ein starker Wirtschaftsstandort wie Bayern braucht eine verlässliche Stromversorgung zu bezahlbaren Preisen, und dies geht nur mit ausreichenden Stromerzeugungskapa-

zazitäten vor Ort. Nicht zuletzt darauf beruht die wirtschaftliche Erfolgsgeschichte Bayerns.

Länder und Regionen, die auf Stromimporte angewiesen sind, müssen erfahrungsgemäß höhere Strompreise und eine störungsanfälligeren Stromversorgung in Kauf nehmen, wie wir dies in manchen Teilen Europas erleben.

(Zuruf von der SPD)

Gerade in einer Zeit, in der Wirtschafts- und Finanzkrise noch nicht überstanden sind, darf die mit dem Schüren von Ängsten betriebene Politik gegen die Nutzung der Kernenergie nicht zu neuen und vermeidbaren Belastungen der Verbraucher führen, und ich bin froh, dass auch dem Anliegen der Bayerischen Staatsregierung, hier durch die Verlängerung der Laufzeiten Entlastungen zu schaffen, Rechnung getragen wird.

Man darf sich, meine Damen und Herren, folgenden Fakten nicht verschließen: Der jährliche Nettostromverbrauch in Bayern liegt derzeit bei rund 80 Terawattstunden, die Nettostromerzeugung beträgt rund 85 Terawattstunden, wovon rund 50 Terawattstunden auf die fünf bayerischen Kernkraftwerke entfallen. Das Kernkraftwerk Isar 1 trägt hierzu mit jährlich rund 8 Terawattstunden bei. Ein momentan festgestellter geringfügiger Erzeugungsüberschuss von lediglich 6 % kann - das wissen wir - schnell aufgezehrt sein. Reserven zum Ausgleich von Schwankungen bei Erzeugung und Verbrauch berücksichtigen zum Beispiel tages- und jahreszeitliche Schwankungen.

Ohne die Wasserkraft und ohne den regenerativen Anteil im Müll kommen die erneuerbaren Energien auf etwas mehr als 5 Terawattstunden. Mit einem nennenswerten Rückgang des Stromverbrauchs in Bayern kann seriös nicht gerechnet werden. Effizienzsteigerungen werden beispielsweise durch neue Stromanwendungen kompensiert, und was die Strombörse angeht, hat Kollege Reiß schon das Nötige gesagt.

Die insbesondere auch von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betriebene Politik ist klar auf einen völligen Ausstieg aus der Nutzung der klimaschonenden Kernenergie ausgerichtet.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Wie allein in Bayern in absehbarer Zeit 50 Terawattstunden durch erneuerbare Energien ersetzt werden sollen, erschließt sich mir nicht. Selbst eine isolierte Abschaltung von Isar 1 von jetzt auf gleich wäre nicht unproblematisch. Dem Ausbau der Wasserkraft setzt insbesondere der Naturschutz enge Grenzen. Eine annähernde Verdreifachung der Stromerzeugung aus Biomasse, Photovoltaik, Windkraft und Geothermie wird

bei allem Engagement kurzfristig kaum zu schaffen sein.

Die letzte und tatsächlich realistische Möglichkeit, meine Damen und Herren, wäre der Ersatz des fehlenden Stroms durch teuren Strom aus Spitzenlastkraftwerken und Stromimport. Versorgungssicherheit, aber auch der Klimaschutz sind hier infrage gestellt, und ich denke, einen Import von Atomstrom wollen die Antragsteller wohl auch nicht.

Lassen Sie mich abschließend noch sagen, weil auch das Thema Sicherheit hier so eine große Rolle gespielt hat, gerade auch seitens der SPD-Fraktion: Ganz offensichtlich hat das von Ihnen bisher geführte Umweltministerium in Berlin keinen Anlass gesehen, die Abschaltung von Isar 1 zu verlangen. Vielmehr ist im Einvernehmen mit dem bayerischen Umweltministerium festgestellt worden: Das Kernkraftwerk Isar 1 ist sicher; es erfüllt alle in Deutschland geltenden Sicherheitsvorschriften. Das ist auch ganz logisch, denn unsichere Kernkraftwerke müssten sofort abgeschaltet werden.

In diesem Sinne bitte ich Sie, meine Damen und Herren, den Antrag abzulehnen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Halt! Herr Minister, bleiben Sie noch! Die GRÜNEN müssen sich nur einigen, wer die Zwischenbemerkung stellt.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Wir haben uns schon geeinigt!)

- Frau Kollegin Gote, Sie haben das Wort zu einer Zwischenbemerkung.

(Staatsminister Martin Zeil: Mir ist jede Frage recht!)

Ulrike Gote (GRÜNE): Danke schön. - Herr Minister, das klang ja wie aus dem Gutachten der Stromversorger, wie man am besten die PR für die Atomlobby macht. Das haben Sie schön zitiert, trotzdem haben wir es wiedererkannt. Herr Minister, ist Ihnen bekannt, dass das Umstiegskonzept der GRÜNEN auf drei Säulen beruht? Dazu gehört nämlich auch die Steigerung der Energieeffizienz und die Energieeinsparung. Ein wichtiges Thema, das Sie als Wirtschaftsminister kennen sollten. Dann werden Sie wohl auch zur Kenntnis nehmen, dass bisher alle Wachstumsprognosen für die erneuerbaren Energien, egal, welche Sparte Sie nehmen, immer übertroffen wurden. Wir können auch in Zukunft davon ausgehen, dass sich das so weiterentwickelt.

Ich empfehle Ihnen einen Besuch auf der Internetseite www.virtuelleskraftwerk.de. Da werden auch Ihre Fragen zur Grundlastversorgung geklärt.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Staatsminister Martin Zeil (Wirtschaftsministerium): Ich bin Ihnen dankbar für diese lehrreichen Hinweise. Sie können sich vorstellen, dass dem bayerischen Wirtschafts- und Energieminister die Potenziale auch von Energieeffizienz bekannt sind. Ich habe Sie ja zurückgefragt: Wie wollen Sie denn beispielsweise diese Strommengen, die die Kernkraft liefert, gerade auch in Bayern, von heute auf morgen ersetzen? Darauf sind Sie, jedenfalls was die klimaschonenden Technologien angeht, bisher die Antwort schuldig geblieben.

(Margarete Bause (GRÜNE): Wir haben doch Stromüberschuss!)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Minister, es gibt keine weiteren Zwischenbemerkungen mehr. - Ach Entschuldigung, Herr Kollege Wörner, so wie sonst im Hubschrauber, auch hier schneller.

Ludwig Wörner (SPD): Ja, so ist es, Herr Präsident.

Herr Minister, von heute auf morgen abzuschalten, davon ist überhaupt nicht die Rede. Wir haben im Gesetz Laufzeiten vereinbart. Wenn Sie die einhalten, dann ist von einem sofortigen Abschalten überhaupt nicht die Rede. Sie würden damit sicherstellen, dass der Druck hoch bleibt und dass regenerative Energien verstärkt eingeführt werden. Das ist das Gesetz, das wir haben. Sie unterlaufen das. Damit wird aus dem ganzen Gebilde der Druck herausgenommen, auf regenerative Energien umzusteigen.

Punkt zwei. Wenn Sie hier Krokodilstränen vergießen, dass Energie verteuert wird, was die Verbraucherinnen und Verbraucher belastet, darf ich Sie darauf hinweisen, dass die von Ihnen in der neuen Koalition beschlossenen Maßnahmen die Verbraucherinnen und Verbraucher erheblich höher belasten als die geringen Aufschläge beim Strom.

Drittens, und da sollten Sie sich noch sehr sachkundig machen: Diese tausend Überprüfungen, von denen immer geredet wird, beinhalten so schlichte Dinge wie die Übergabe eines Kraftwerks von einer Schicht zur anderen. Dabei ist es völlig normal, dass man einen Check durchführt und nachsieht, ob noch alle Lampen brennen - im wahrsten Sinne des Wortes - und ob noch alles im grünen Bereich läuft.

Wenn man das alles als Sicherheitsüberprüfung im klassischen Sinne ansieht, was Bürgerinnen und Bürger erwarten, dann kommt man auf tausend Sicher-

heitsüberprüfungen. Wenn man allerdings die wirklich ernst zu nehmenden Sicherheitsüberprüfungen zugrunde legt, sind es erheblich weniger. Sie sollten hier aufhören, Märchen zu erzählen. Wenn Ihre jungen Kollegen das machen, dann verzeihe ich ihnen das; die können das noch nicht so genau wissen. Aber die lernen es vielleicht noch.

(Thomas Kreuzer (CSU): Das ist ja ein Monolog!)

Sie sollten aufhören, auf den Expertisen der Energieerzeuger herumzureiten, und wir sollten den Weg, der beschritten worden ist, weitergehen.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Margarete Bause (GRÜNE))

Staatsminister Martin Zeil (Wirtschaftsministerium): Herr Kollege, ich glaube, Sie haben keinen Anlass, hier selbstgerecht über andere Kollegen zu urteilen,

(Beifall bei der FDP und der CSU)

zumal Ihnen die Wählerinnen und Wähler gerade auch zu dem Punkt die richtige Lehre erteilt haben.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch zwei Antworten auf das geben, was Sie in der Sache gesagt haben. Zum einen gehe ich davon aus - ich kann es nur wiederholen -, dass gerade auch das bislang von Ihnen geführte Umweltministerium, das in seinem Namen auch die Reaktorsicherheit führt, die notwendigen Schritte im Einvernehmen mit den Ländern bisher unternommen hat, um die Sicherheit zu gewährleisten. Ich finde, Sie sollten nicht durch die Hintertür infrage stellen, was hier an hohem Sicherheitsstandard auch durch Bundespolitik und Bundeszuständigkeiten gewährleistet ist. Ich finde, wir sollten hier auch nicht die Koalitionsverhandlungen führen. Sie werden es erleben, Herr Wörner: Es wird eine sehr vernünftige, auch gerade auf nachhaltige Energiepolitik ausgerichtete Vereinbarung geben. Bei Ihrem Atomausstiegsszenario sind Sie die Antwort schuldig geblieben, wie wir denn die Klimaschutzziele ohne den Einsatz der Kernenergie gewährleisten können. Das war die Schwäche Ihres sogenannten Ausstiegskompromisses.

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Minister, vielen Dank. Es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Der federführende Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie empfiehlt auf Drucksache 16/2210, den Dringlichkeitsantrag abzulehnen. Es ist namentliche Abstimmung beantragt. Schauen Sie auf

Ihre Fraktionsvorsitzenden! Abstimmung wie üblich. Die Zeit läuft: drei Minuten.

(Namentliche Abstimmung von 11.25 bis 11.28 Uhr)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Zeit ist abgelaufen. Die Auszählung erfolgt, wie immer, separat.

Wir fahren in der Tagesordnung fort. Ich komme zurück auf den Tagesordnungspunkt 5.

(Unruhe)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte um Aufmerksamkeit. Herr Fraktionsvorsitzender Schmid!

(Georg Schmid (CSU): Ich sitze!)

Vielen Dank.

Ich komme zurück auf den Tagesordnungspunkt 5. Offen sind hier noch die in der Anlage zu Tagesordnungspunkt 5, Nummern 2, 4 und 10 aufgeführten Anträge, zu denen Einzelberatung beantragt worden ist.

Ich rufe zunächst die Listennummer 2 auf.

Antrag der Abgeordneten Dr. Otto Bertermann, Tobias Thalhammer, Thomas Dechant u. a. und Fraktion (FDP)
Bedarfsgerechtes, flächendeckendes Angebot spezialisierter, ambulanter palliativmedizinischer Versorgung (Drs. 16/1137)

Ich eröffne die Aussprache. Erste Wortmeldung: Herr Dr. Bertermann.

Dr. Otto Bertermann (FDP): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben diesen Tagesordnungspunkt, den wir schon im Ausschuss diskutiert haben, heute nochmals auf die Tagesordnung gesetzt, weil er uns sehr dringlich und wichtig ist. Sie wissen, dass die spezialisierte, ambulante Palliativversorgung in Deutschland vier Jahre gebraucht hat, bis sie letztlich beim Bürger und beim Patienten angekommen ist. Es hat seit dem Jahre 2007 zwei Jahre gedauert, bis bayerische Patienten in den Genuss dieser Behandlung kommen sollten. Jeder Tag, in dem in Bayern kein Vertrag zur spezialisierten, ambulanten Versorgung geschlossen wird, ist ein verlorener Tag. Er trägt mit dazu bei, dass die Lebensqualität der Patienten verschlechtert wird und dass wir viele Patienten ihr Leben nicht zu Hause beenden lassen können, sondern diese Patienten müssen in die Krankenhäuser. Schauen wir in andere Länder, etwa nach Nordrhein-Westfalen und Hessen. Diese beiden Länder haben diese spezialisierten, ambulanten Palliativverträge. Dort funktioniert es. Wir in Bayern hatten bis zum 01.07.2009 keine ent-

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 22.10.2009 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Atomkraftwerk Isar 1 ist überflüssig (Drucksache 16/1414)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ackermann Renate	X		
Aiwanger Hubert		X	
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. Dr. Barfuß Georg		X	
Prof. (Univ Lima) Dr. Bauer Peter			
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bause Margarete	X		
Dr. Beckstein Günther		X	
Dr. Bernhard Otmar		X	
Dr. Bertermann Otto		X	
Dr. Beyer Thomas	X		
Biechl Annemarie		X	
Biedefeld Susann	X		
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Breitschwert Klaus Dieter		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
Brunner Helmut		X	
Dr. Bulfon Annette			
Daxenberger Sepp			
Dechant Thomas		X	
Dettenhöfer Petra		X	
Dittmar Sabine	X		
Dodell Renate		X	
Donhauser Heinz		X	
Dr. Dürr Sepp	X		
Eck Gerhard		X	
Eckstein Kurt			
Eisenreich Georg		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen		X	
Felbinger Günther		X	
Dr. Fischer Andreas		X	
Dr. Förster Linus	X		
Freller Karl		X	
Füracker Albert		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		
Gehring Thomas	X		
Glauber Thorsten		X	
Goderbauer Gertraud		X	
Görlitz Erika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike	X		
Gottstein Eva			
Güll Martin	X		
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Hacker Thomas		X	
Haderthauer Christine		X	
Halbleib Volkmar	X		
Hallitzky Eike	X		
Hanisch Joachim		X	
Hartmann Ludwig	X		
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold		X	
Hessel Katja			
Dr. Heubisch Wolfgang			
Hintersberger Johannes		X	
Huber Erwin		X	
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Huml Melanie			
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Jung Claudia	X		
Kamm Christine	X		
Karl Annette	X		
Kiesel Robert		X	
Dr. Kirschner Franz Xaver		X	
Klein Karsten		X	
Kobler Konrad		X	
König Alexander		X	
Kohnen Natascha			
Kränzle Bernd		X	
Kreuzer Thomas		X	
Ländner Manfred		X	
Graf von und zu Lerchenfeld Philipp		X	
Lorenz Andreas		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Prof. Männle Ursula		X	
Dr. Magerl Christian	X		
Maget Franz	X		
Matschl Christa		X	
Meißner Christian		X	
Dr. Merk Beate			
Meyer Brigitte		X	
Meyer Peter		X	
Miller Josef		X	
Müller Ulrike		X	
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander		X	
Naaß Christa	X		
Nadler Walter		X	
Neumeyer Martin		X	
Nöth Eduard		X	
Noichl Maria			
Pachner Reinhard		X	
Dr. Pauli Gabriele			X
Perlak Reinhold	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael			
Pohl Bernhard		X	
Pointner Mannfred		X	
Pranghofer Karin	X		
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radwan Alexander		X	
Reichhart Markus		X	
Reiß Tobias		X	
Richter Roland		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritter Florian	X		
Rohde Jörg		X	
Roos Bernhard	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin	X		
Rupp Adelheid	X		
Sackmann Markus			
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred		X	
Scharfenberg Maria	X		
Schindler Franz	X		
Schmid Georg		X	
Schmid Peter			
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schneider Harald			
Schneider Siegfried			
Schöffel Martin		X	
Schopper Theresa	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer Angelika		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schuster Stefan	X		
Schweiger Tanja		X	
Schwimmer Jakob			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sibler Bernd		X	
Sinner Eberhard		X	
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Sprinkart Adi			
Stachowitz Diana	X		
Stahl Christine	X		
Stamm Barbara			
Stamm Claudia	X		
Steiger Christa	X		
Steiner Klaus		X	
Stewens Christa		X	
Stierstorfer Sylvia			
Stöttner Klaus		X	
Strehle Max		X	
Streibl Florian		X	
Strobl Reinhold	X		
Dr. Strohmayr Simone	X		
Taubeneder Walter		X	
Tausendfreund Susanna	X		
Thalhammer Tobias		X	
Tolle Simone	X		
Unterländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl		X	
Wägemann Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst		X	
Weikert Angelika	X		
Dr. Weiß Bernd		X	
Dr. Weiß Manfred		X	
Dr. Wengert Paul	X		
Werner Hans Joachim	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Widmann Jutta		X	
Wild Margit			
Will Renate		X	
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wörner Ludwig	X		
Zacharias Isabell	X		
Zeil Martin		X	
Zeitler Otto			
Zellmeier Josef		X	
Dr. Zimmermann Thomas		X	
Gesamtsumme	53	107	1